



Siehe Artikel auf Seite 4



VNSB erreicht Großes

Seite 4

Bundesweiter Personalmangel

Seite 6

Neue Vorsitzende OV Vechta und Wolfenbüttel

Seiten 20 und 23



VNSB erreicht Großes!
Seite 4



Mehr Angriffe in Niedersachsen
Seite 5



90. Jahrestag: Zerschlagung der Gewerkschaften
Seite 10

IMPRESSUM

Herausgeber
VNSB
Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt
Homepage: www.VNSB.de

Layout & Druck:
MegaDruck GmbH & Co. KG
Am Haferkamp 4 · 26655 Westerstede
www.megadruck.de

Der Preis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen, sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des VNSB wieder. Der VNSB übernimmt für Anzeigen keine inhaltliche Verantwortung.

Redaktionsschluss für die Ausgabe 3/2023: September 2023

Landesvorstand

| | |
|---|----|
| Vorwort | 3 |
| VNSB erreicht Großes! | 4 |
| Mehr Angriffe auf Justizvollzugsbeamte in Niedersachsen | 5 |
| Personalmangel im Justizvollzug – bundesweit | 6 |
| Neue Schock-Zahlen aus der Kriminalstatistik | 8 |
| 2. Mai 1933: Zerschlagung der Gewerkschaften | 10 |
| Faeser will Problem-Beamte schneller feuern | 14 |
| VNSB gratuliert seinen Jubilaren | 15 |
| In diesem Gefängnis sitzt Putin-Spion Carsten L. | 16 |

Ortsverbände

| | |
|--------------|----|
| Bremervörde | 18 |
| Uelzen | 19 |
| Vechta | 20 |
| Wolfenbüttel | 23 |

Sonstiges

| | |
|--|----|
| Impressum | 2 |
| Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter | 9 |
| Termine | 14 |
| Vorteile für Mitglieder | 25 |
| Beitrittserklärung | 26 |
| Landesvorstand und Ortsverbandsvorsitzende | 27 |

Diese Zeitschrift bitte aus Datenschutzgründen nicht an Inhaftierte weitergeben!



Oliver Mageney
Landesvorsitzender
VNSB

Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

am 14.04.2023 erschienen die Presseerklärungen der Regierungsfractionen mit folgender Überschrift:

Stärkung der Sicherheits- und Rettungskräfte sowie Bildungsgerechtigkeit in Niedersachsen.

Einer die Schwerpunkte war die Anhebung der Zulagen für die Polizei, Feuerwehrrkräfte und die **Justizvollzugsbeamten**.

Ja auch der Justizvollzug und auch in gleicher Höhe. Das hört sich im Anfang der Presseerklärung so selbstverständlich an. Wer aber die letzte **VNSB**-Info aufmerksam gelesen hat, der weiß, dass hierfür noch einige Gespräche seitens des **VNSB** geführt werden mussten.

Wollen wir hoffen... Wir sind gespannt!

Das war mein Abschlussatz in der letzten **VNSB**-Info.

Und glauben Sie mir, die Spannung und auch der Druck auf die Mitglieder des Landesvorstandes des **VNSB** war hoch. Würden die gemachten Versprechen gehalten werden? Hatten die Gespräche und Diskussionen Erfolg gehabt?

Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Fraktion, sagte hierzu in der Presseerklärung:

„Ich freue mich, dass wir über diese Forderung unserer Fraktion aus der Norderneyer Erklärung so schnell eine Einigung erzielen konnten – insbesondere auch über die Berücksichtigung der **Justizvollzugsbeamt*innen**.

Damit stellen wir den Gleichklang über die Berufsgruppen hinweg her und schaffen mehr Anerkennung für diese verantwortungsvollen Tätigkeiten.“

Völlig abgesehen von dem monetären Vorteil, ist dieser Satz ein wichtiges Zeichen für alle Bediensteten im Strafvollzug. **„Anerkennung Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit.“**

Die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug wurden oft mit schönen Worten bedacht. Dabei ist es in den letzten Jahren aber versäumt worden, auch Taten folgen zu lassen. Das ist dieses Mal anders.

Hierfür meinen Dank an die Politik an die Parteien der Landesregierung SPD und Bündnis90/Die Grünen, aber auch der Fraktion der CDU, die ebenfalls die zeitgleiche Anpassung der Zulage im Justizvollzug unterstützt hat.

Und nicht zu vergessen unsere Justizministerin Frau Dr. Kathrin Wahlmann, die hart und verbissen für die Kolleginnen und Kollegen gekämpft.

Es liegt noch ein schwerer und weiter Weg vor uns, bis der Justizvollzug auch seine volle Anerkennung in der Öffentlichkeit findet und somit auch als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird. Wir werden aber nicht müde diesen Weg zu gehen.

Versprochen!

Oliver Mageney
Landesvorsitzender **VNSB**

VNSB erreicht Großes!

Vollzugszulage wird erhöht – mit 180 Euro ist Niedersachsen nun Spitze im Ländervergleich

Am 08.03.2023 veröffentlichte die SPD-Landesfraktion Niedersachsen die „Norderneyer Erklärung“. Dort hieß es unter der Überschrift „Den demokratischen Rechtsstaat schützen und stärken“: „Darum wollen wir schnellstmöglich die Polizeizulage erhöhen. Das gilt gleichermaßen für die Feuerwehrzulage.“

Kurz zusammengefasst – wie haben sich wohl die Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzuges gefühlt, als sie die Berichterstattung der oben genannten Erklärung von der Klausur lesen- sich selbst aber nicht finden konnten?

Es schien bereits wieder vergessen zu sein, dass dem Justizvollzug mit der Anhebung der Lebensarbeitszeit 2019 von sechzig auf zwei- undsechzig Jahre zugesagt worden war, dass er bei künftigen Anhebungen der Zulagen vollumfänglich mitberücksichtigt wird

In einem anderen Zusammenhang erschien am 30.03.2023 dann noch folgendes Interview mit der Überschrift „Wirtschaftsweiser Martin Werding regt Sonderopfer der Beamten an“ in der WirtschaftsWoche:

Wirtschaftssachverständiger Martin Werding möchte, dass die Beamten nicht von den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst profitieren. Der Ökonom Martin Werding, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hat die Bundesregierung aufgefordert, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst nicht wie geplant zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übertragen. „Angesichts der angespannten Haushaltslage halte ich es für legitim, dass Beamte, die ja einige Privilegien genießen, ein wenig zurückstecken“, sagte der Bochumer Ökonomieprofessor. Dies hieße nicht, den Staatsdienern die Lohnerhöhung vorzuenthalten. „Aber man könnte diese zeitlich stecken oder einen Teil in



Pensionsrücklagen stecken“, so Werding. „Ein solches ‚Sonderopfer‘ hat es in der Vergangenheit schon mehrfach gegeben“.

Da konnte schon einmal beim ohnehin schon nachwuchsgebeutelten Vollzug das Gefühl entstehen, eher nicht eine der drei Säulen der Staatsgewalt-, zudem noch die wortwörtlich vollziehende zu sein, sondern womöglich doch nur irgendwie Beamte zweiter Wahl zu mimen.

Obwohl betrübt und unbefriedigt wurde nun der **Verband Niedersächsischer Strafvollzugs-Bediensteter (VNSB)** umgehend tätig und sprach mit Mitgliedern von Regierungs- und Oppositionspartei. An dieser Stelle muss der Landesvorsitzende Oliver Mageney genannt werden, der sich unermüdlich die Finger wund wählte, um hier einiges in die Wege zu leiten und an Zusagen zu erinnern!

So ging bereits am 10.03.2023 daraufhin die Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung (Drs. 19/844) des CDU-Abgeordneten André Hüttemeyer bei der Staatskanzlei ein. Darin wurde u. a. die Frage gestellt, ob die Landesregierung auch die Anhebung der Vollzugszulage für Mitarbeiter/innen im Justizvollzugsdienst (sog. Gitterzulage) plant.

Als Antwort des Justizministeriums namens der Landesregierung kam, dass von der Landesregierung für die Vollzugszulage ebenfalls ein Bedarf für eine Erhöhung gesehen- und über die Umsetzung im Rahmen der kommenden Haushaltsaufstellungen verhandelt wird.

Umso erfreulicher, dass der **VNSB** seinen Mitgliedern bereits am 14.04.2023 mit Umsetzung zum 01.07.2023 folgende Pressemitteilung präsentieren konnte:

„Die Erhöhung der Zulagen für Polizistinnen, Feuerwehrleute *und Justizvollzugsbeamten* im Landesdienst würdigt die herausragende Arbeit, die sie jeden Tag für unsere Gesellschaft leisten. Mit 180 Euro pro Monat erhalten unsere Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen nun die höchste Zulage im Ländervergleich“, sagt Grant Hendrik Tonne, Vorsitzender der SPD-Fraktion. „Ich freue mich, dass wir über diese Forderung unserer Fraktion aus der Norderneyer Erklärung so schnell eine Einigung erzielen konnten – *insbesondere auch über die Berücksichtigung der Justizvollzugsbeamt*innen.*

Damit stellen wir den Gleichklang über die Berufsgruppen hinweg her und schaffen mehr Anerkennung für diese verantwortungsvollen Tätigkeiten. Gerade auch vor dem Hintergrund der steigenden Zahl von Übergriffen auf Sicherheits- und Rettungskräfte sowie zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität ist die Zulagenerhöhung ein wichtiger Schritt.“



VNSB-Landesschriftleitung
Ralf Schlütemann

Das unsere Justizministerin Fr. Dr. Wahlmann dies auf ihrem Instagramaccount mit „Vollzugszulage wird erhöht #Gerechtigkeit“ kommentiert hat, hat der **VNSB** als starkes Zeichen wahrgenommen!

Für den **VNSB**-Landesvorstand
Ralf Schlütemann
-Schriftleitung-

Mehr Angriffe auf Justizvollzugsbeamte in Niedersachsen

In Niedersachsen ist die Zahl der tätlichen Angriffe auf Bedienstete im Justizvollzug im vergangenen Jahr gestiegen. Durchschnittlich wurde ein Fall pro Woche erfasst.

Das teilte das Justizministerium mit. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 52 tätliche Angriffe auf Justizvollzugsbedienstete registriert und damit zwölf mehr als im Jahr davor. Auch in früheren Jahren war die Zahl niedriger. 2019 waren es den Angaben zufolge 43 Angriffe, im Jahr 2018 sogar nur 35. Laut Justizministerium gibt es einige Fälle, in denen die Beamtinnen und Beamten nach solch einem Vorfall dienstunfähig sind und mindestens einen Tag ausfallen. Die Zahl dieser Fälle sank allerdings im Vergleich zu den Vorjahren: 2022 verzeichnete das Ministerium acht Fälle. Im Jahr davor waren es den Angaben zufolge noch 14. Im Jahr 2020 gab es 15 Fälle von Dienstunfähigkeit und im Jahr 2019 sogar noch 18.



VNSB: „Weniger Respekt, mehr auffällige Gefangene“

Gründe für den Anstieg der Gewalt ist nach Ansicht des Verbandes Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter (**VNSB**) zum einen fehlender Respekt. Zum anderen nehme die Zahl der psychisch auffälligen Gefangenen in den Gefängnissen zu, hieß es. Kommt es zu einem Angriff, wird der Vorfall laut Ministerium an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. Zudem erteile gegebenenfalls die Justizvollzugsanstalt besondere Sicherheitsmaßnahmen gegen den Gefangenen. In Niedersachsen gibt es derzeit rund 3.900 Justizvollzugsbedienstete.

Personalmangel im Justizvollzug – bundesweit

Auch im Knast fehlen Fachkräfte

Die Arbeit im Gefängnis ist oftmals ein Knochenjob, Schichtdienst inklusive. Immer weniger Menschen interessieren sich daher für den Beruf des Justizvollzugsbeamten. Das hat Folgen.

"Wir wollen keine Rambos, die hier nur für Sicherheit sorgen, wir suchen gestandene Persönlichkeiten, die unsere Gefangenen betreuen, also auch ansprechbar sind und bei Behandlungsangeboten mitwirken", sagt Annabel Franzen, Leiterin der Justizvollzugsanstalt Rohrbach im rheinhessischen Wöllstein. Und genau das ist das Problem: "Es ist schwierig, geeignetes Personal zu finden."

Weniger Angebote für Gefangene

200 Justizbeamtinnen und -beamte arbeiten in dem Gefängnis in der Nähe von Mainz. Rund um die Uhr, an sieben Tagen in der Woche, im Schichtbetrieb. Sie betreuen bis zu 500 inhaftierte Männer und Frauen.

Die Personalsituation ist angespannt, berichtet Franzen, denn 17 Stellen in ihrer JVA sind nicht mit fertig ausgebildetem Personal besetzt. Hinzu komme, dass für viele Beamte, die bald in den Ruhestand gehen, noch keine Nachfolge gefunden sei.

Zwar könne das Personalproblem noch kompensiert werden, aber nur, weil Angebote für die Gefangenen eingeschränkt wurden. So sei das Sportprogramm zurückgefahren worden. "Für die Gefangenen bedeutet das leider, dass sie seltener aus ihrer Zelle herauskommen und sich weniger im Freien oder in der Sporthalle bewegen können," sagt Franzen.

Sicherheit darf nicht leiden

Und auch im so genannten Werkbetrieb habe man Stellen streichen müssen. In der Justizvollzugsanstalt Rohrbach arbeiten Häftlinge zum Beispiel für einen Automobilhersteller und konfektionieren etwa Metallteile - dies sei jetzt nicht

mehr jeden Tag möglich. "Denn selbstverständlich darf die innere und äußere Sicherheit nicht leiden", erläutert Franzen. "Deswegen kürzen wir zuerst Freizeit- und Behandlungsangebote."

Die seien aber enorm wichtig für Gefangene, denn Kommunikation, auch mit anderen Häftlingen und ein geregelter Tagesablauf seien wichtige Bausteine auf dem Weg zum Ziel, die Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren und Gefangene auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten. "Wir wollen keinen bloßen Verwahrvollzug", fasst Franzen zusammen.

2000 Bedienstete fehlen bundesweit

So wie in der JVA Rohrbach sieht es in vielen Haftanstalten in Deutschland aus. Nach Angaben des Bundesvorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), René Müller, fehlen bundesweit 2000 Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte. Die Stellen seien da, aber sie könnten nicht besetzt werden.

Hinzu komme, dass in den nächsten Jahren viele Bedienstete in den Ruhestand gingen und sich das Problem dann noch weiter verschärfen könnte. Der Beruf des Justizvollzugsbeamten sei anspruchsvoll und die Aufgabe umfasse weit mehr, als nur Türen auf- und abzuschließen und Essen zu verteilen, beschreibt der Gewerkschafter.

"Da braucht man Menschen, die stabil im Leben stehen und auch eine gewisse Reife mitbringen, denn sie haben von Tag eins an mit Gefangenen zu tun, die nicht immer kooperativ und manchmal leider auch manipulativ sind", beschreibt es Franzen. Müller ergänzt: "Das ist ein gefährlicher Job, ein harter Job, da müssen sie bessere Anreize schaffen."

Gewerkschaft fordert bessere Bezahlung

Die Gewerkschaft fordert daher eine bessere Bezahlung, mehr Aufstiegsmöglichkeiten und flexiblere Arbeitsmodelle. "Gefängnis-Dienstpläne müssen an 365 Tagen rund um die

Uhr voll besetzt sein", beschreibt Müller. "Dieser Schichtbetrieb lockt junge Menschen nicht gerade an."

Dass die Situation im Justizvollzug so unbefriedigend ist, habe auch politische Gründe, meint der

Doch genau diesen Schritt sieht die Gewerkschaft kritisch. "Die Ausbildung zu verkürzen ist kein sinnvoller Weg", findet der rheinland-pfälzische BSBD-Sprecher Winfried Conrad. "Die Klientel in den Gefängnissen ändert sich, wir haben mehr Gefangene, die kein Deutsch sprechen oder



Bundesvorsitzende des BSBD. "Mit Investitionen in den Justizvollzug machen sie keine Punkte, das ist nicht populär, anders als Geld in die Bildung oder die Polizei zu stecken."

Initiative für mehr Nachwuchskräfte

Justizvollzug ist Ländersache, erläutert eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums. Das heißt, jedes Bundesland hat seine eigenen Justizverwaltungen und die Bundesregierung keine Weisungsrechte. Jedes Bundesland versucht auf seine Weise, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

In Rheinland-Pfalz etwa hat die Landesregierung die Ausbildung reformiert. Die Dauer wurde von zwei Jahren auf eineinhalb Jahre verkürzt. Der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin (FDP) sagte zur Eröffnung einer neuen Ausbildungsstätte für Justizbeamte in Wittlich: "Wir wollen den Justizvollzug im Wettbewerb um Fachkräfte noch attraktiver machen. Dazu gehört auch, die Ausbildungsstruktur zu verbessern und an die Prinzipien moderner Erwachsenenbildung anzupassen."

psychisch auffällig sind, da wäre gerade eine Intensivierung der Ausbildung wichtig."

Werben um junge Menschen

In jedem Fall müsse weiter intensiv für den Beruf geworben werden. Die Justizvollzugsanstalt Rohrbach im rheinhessischen Wöllstein tut das schon. So gibt es immer wieder "Tage der offenen Tür", um jungen Menschen Einblick in die Arbeit in einem Gefängnis zu ermöglichen. Außerdem besuchen Mitarbeitende Schulen und Ausbildungsmessen. Und auf den Gefangenentransport-Bussen prangen seit einiger Zeit große Aufkleber mit der Aufschrift "Werde Teil unseres Teams!".

Annabel Franzen hat gerade wieder eine Bewerberrunde hinter sich und blickt verhalten positiv in die Zukunft. "Es waren zumindest einige Kandidaten dabei, von denen sie sich vorstellen könnte, dass sie der Herausforderung gewachsen wären." Im Gefängnis zu arbeiten, bedeute, einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag zu leisten.

DIE DELIKTE, DIE TÄTER Neue Schock-Zahlen aus der Kriminalstatistik

Die Täter in Deutschland werden immer jünger.

Die neue bundesweite „Polizeiliche Kriminalstatistik“ (PKS) für das Jahr 2022, die Innenministerin Nancy Faeser (SPD) im März vorgestellt hat, zeigt: Die Zahl der Straftaten in Deutschland hat deutlich zugenommen!

- Die Statistik führt insgesamt 5,628 Millionen Straftaten für das Jahr 2022 auf – ein Anstieg von 11,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
- Die Anzahl aller begangenen Delikte liegt sogar um 3,5 Prozent höher als vor dem Jahr der Corona-Pandemie (2019).
- Besonders alarmierend: Immer mehr Kinder werden in Deutschland zu Tätern.

Die Täter werden immer jünger

93 095 Kinder wurden 2022 als Tatverdächtige geführt, ein Plus von 35,5 Prozent. Damit ist die Zahl auch deutlich höher als vor der Corona-Pandemie (2019: 72 890). Hinzu kommen 189 149 tatverdächtige Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren (2019: 177 082).

Die häufigsten Taten waren laut PKS bei Kindern und Jugendlichen: Diebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Rauschgiftdelikte.

Polizeigewerkschafter Ostermann ist besorgt: „Wenn wir auf die jüngsten schrecklichen

Gewalttaten blicken, dann stellen wir fest, dass die Täter immer jünger werden. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, die uns keine Ruhe lassen darf!“

Es bräuchte „gute Präventionsmaßnahmen“ und „mehr Personal und anständige Rahmenbedingungen“ in diesem Bereich, so Ostermann. Für großes Entsetzen sorgte vor Kurzem erst der Mord an der 12-jährigen Luise in Freudenberg (Nordrhein-Westfalen). Luise wurde von gleichaltrigen Mitschülerinnen mit mehrfachen Messerstichen brutal ermordet. Eine Täterin (12) stach ganze 75 Mal auf Luise ein.

Kriminalität unter Zuwanderern steigt

Die Zahl der Tatverdächtigen stieg insgesamt auf 2,093 Millionen! Das ist ein Plus von 10,7 Prozent verglichen zu 2021.

Auffällig: Unter den Tatverdächtigen steigt auch der Anteil von Zuwanderern.

- Von den 2 Millionen Tatverdächtigen besaßen 783 876 keine deutsche Staatsangehörigkeit (plus 22,6 Prozent).
- Darunter waren 310 062 Zuwanderer (plus 35 Prozent). Als „Zuwanderer“ definiert das BKA Personen mit dem Aufenthaltsstatus „Asylbewerber“, „Schutzberechtigter“, „unerlaubt aufhältig“ und „geduldet“.



Der Vize-Chef der Bundespolizeigewerkschaft Manuel Ostermann (32): „Auch im Zusammenhang mit der Migrationskrise wird das Problem steigender Gewalttaten deutlich. Die Statistik spricht da eine erschreckende aber deutliche Sprache.“

Ostermann mahnt: „Nichtstun oder halbherzige politische Maßnahmen dürfen hier nicht die Antwort sein.“

Zunahme bei Messer-Attacken

Die gesamte Gewaltkriminalität stieg im Vergleich zu 2019 um 8,9 Prozent auf 197 202 Fälle.

- Bei der gefährlichen sowie schweren Körperverletzung verzeichnet die PKS ein Plus von 8,7 Prozent auf 144 663 Fälle.
- Darunter: 8 160 Messerangriffe! Im Vorjahr 2021 waren es noch 7 071 Messer-Taten. Auch wurden mehr Verstöße gegen das Waffengesetz registriert: 33 685 (plus 6,4 Prozent).

Messer-Attacken werden statistisch erst seit 2020 erfasst.

Mehr Diebstähle und Einbrüche

Auch steigen in Deutschland weiterhin Diebstähle und Einbrüche.

Ca. ein Drittel aller Taten sind Diebstahls-Delikte: 1,78 Millionen – plus 20 Prozent.

Das Niveau liegt allerdings unter dem des Vor-Corona-Jahres (2019: 1,82 Millionen).

- Speziell in Wohnungen und Häuser wurde 2022 wieder mehr eingebrochen als im Jahr 2021 (65 908 Fälle, plus 21,5 Prozent).
- Verglichen zum Jahr vor der Pandemie, gab es 2019 überwiegend mehr Fälle: 87145.
- 2022 stiegen die Fallzahlen bei Laden- und Taschendiebstahl um jeweils mehr als 30 Prozent. Diebstähle von Kraftfahrzeugen (25 511 Fälle, plus 18,2 Prozent) und Fahrrädern (265 562, plus 13,7 Prozent) kamen seltener vor als im Jahr 2019.

Unsere Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter im VNSB

• Fachgruppenvertreter des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes
kommissarisch Marco Kohrs · JVA Celle
fgv-avd@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter des Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2
Alois Plagemann · Tel.: 0591/64674
fgv-verwaltungsdienst@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter des Werkdienstes
Daniel Möller · JA Hameln
fgv-werkdienst@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter des Sanitätsdienstes
Carsten Janecke · JVA Sehnde
fgv-sanitaetsdienst@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter des Pädagogischen Dienstes
Tim Haubrich · JVA Meppen
fgv-paedagogen@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter des Ärztlichen Dienstes
vakant

• Fachgruppenvertreter des Psychologischen Dienstes
vakant

• Fachgruppenvertreter des Sozialen Dienstes
Oliver Meyer · JVA Vechta · Tel.: 04441/884 0
fgv-sozialerdienst@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter der Vollzugsabteilungs- und Fachbereichsleitungen
Tobias Hebestreit · JA Hameln
fgv-geh.dienst@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter der Anstaltsleitungen und stellv. Anstaltsleitungen
vakant

• Fachgruppenvertreterin der weibliche Bediensteten
vakant

• Fachgruppenvertreter der Schwerbehinderten
Reiner Lytze · JVA Meppen
fgv-schwerbehinderte@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter der Anwärtinnen und Anwärter
Eduard Heit · JVA für Frauen Vechta
fgv-anwaerter@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter der Ruhestandsbediensteten
Hans Musfeldt · Tel.: 0581 21299051
fgv-pensionaere@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter der Jugendarrestanstalten
Werner Lübbers · JAA Emden
fgv.jugendarrest@vnsb.de

• Fachgruppenvertreter Bildungsinstitut
Jens Rybicki · Bildungsinstitut Justizvollzug
fgv-Bildungsinstitut@vnsb.de

2. Mai 1933 Die Zerschlagung der Gewerkschaften



Letzte Kundgebung des Reichsbanners auf dem Klagemarkt in Hannover, 26. Februar 1933

Ein Aufruf zur Besonnenheit: „Organisation – nicht Demonstration: Das ist die Parole der Stunde“. So bringt Theodor Leipart am 31. Januar 1933 im Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) die Politik der Freien Gewerkschaften auf den Punkt. Der Vorstand der Christlichen Gewerkschaften bedauert die „folgeschwere Entscheidung“ Reichspräsident Hindenburgs, das „Kabinett der Harzburger Front“ unter der Führung Hitlers zu bestätigen. In einer gemeinsamen Erklärung stellen die Gewerkschaften fest: „Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.“

Mit diesen Mahnungen zur Disziplin soll dem Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zum Generalstreik der Wind aus den Segeln genommen werden. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und Freie Gewerkschaften lehnen die kommunistische Forderung nach Bildung einer „Einheitsfront“ nahezu einmütig ab.

Sie sehen darin den Versuch, die sozialdemokratische Arbeiterschaft von ihren Organisationen zu entfremden. Allerdings wäre der Aufruf zum Generalstreik wohl auch ohne die gewerkschaftliche Zurückhaltung nur vereinzelt befolgt worden. Warum sich die Freien Gewerkschaften entschieden von den „unentwegten Generalstreiktheoretikern“ abgrenzen, begründet der stellvertretende ADGB-Vorsitzende, Peter Graßmann, beim Führerappell der Eisernen Front, eines Zusammenschlusses sozialdemokratischer Organisationen, am 13. Februar 1933, so: „Der Generalstreik ist eine furchtbare Waffe nicht nur für den Gegner; ihn veranlassen und verantworten kann man nur, wenn es gar nicht mehr anders geht, wenn es sich um Leben und Sterben der Arbeiterklasse handelt.“

Offenbar schätzen die Führungen von SPD und Gewerkschaften die Lage im Frühjahr 1933 nicht als derart dramatisch ein, dass die von Graßmann genannten Voraussetzungen für einen Generalstreik gegeben seien. Und sie sehen keine realistische Möglichkeit, das nationalsozialistische Regime erfolgreich zu bekämpfen.

Spaltung der Arbeiterbewegung

Außerdem ist die Arbeiterbewegung keineswegs zu geschlossenem Handeln fähig. So zeigen sich deutliche Polarisierungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung: Die gemeinsame Stellungnahme der Richtungsgewerkschaften zu Hitlers Regierungsantritt unterzeichnen der ADGB und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA-Bund), der liberale Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Nicht unterzeichnet wird die Stellungnahme vom christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV), der Hitler zur Ernennung als Reichskanzler gratuliert, verhindert eine kritische Stellungnahme des DGB. Wenige Wochen später schaltet sich der DHV freiwillig gleich. Bereits im April 1933 ist der christlich-nationale DGB damit organisatorisch zerbrochen.

Die tiefe Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wird nicht überwunden. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) beharrt auf ihrem eigenen Weg, der aufs engste mit der Politik der KPD verwoben ist. Obwohl die Mitgliedschaft dramatisch zurückgeht und nicht wenige RGO-Mitglieder zur Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) übertreten, versucht die RGO immer wieder eine Organisation im Untergrund aufzubauen.

Zur Anpassung bereit

Noch im Februar und März 1933 versuchen sich die Freien Gewerkschaften, sich als „Schule der Verantwortung“ für ein Volk, das sich seines „Rechts auf nationale Selbstbestimmung“ bewusst ist, zu inszenieren. Sie hoffen, die Nationalsozialisten würden diese Anpassungsbereitschaft honorieren. Mit diesem Ziel ruft Theodor Leipart die „Leistungen der Gewerkschaften für Volk und Staat“ in Erinnerung. Und Lothar Erdmann, Chefredakteur der „Arbeit“ und Vertrauter Leiparts, bemüht sich, durch die Ablehnung internationalistischer Tendenzen zur ideologischen Versöhnung von „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“ beizutragen.

Von ihrer Politik des „kühlen Bluts“ lassen sich die Gewerkschaften auch nicht durch den Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 abbringen. Er sei ein „Angriff gegen den Parlamentarismus überhaupt“, erklären die Freien Gewerkschaften.

Auf den gewerkschaftlichen Kundgebungen dieser Wochen ist dennoch viel von „Kampf“ und „Kampfbereitschaft“ die Rede. Doch gedacht ist, trotz der Einschränkung der Grundrechte durch die „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“, vor allem an „Wahlkampf“. Einmal mehr setzen die Gewerkschaften, auch die Christlichen, alle Hoffnungen auf das Votum der Wähler.

Erste Terroraktionen gegen die Gewerkschaften

In den Wahlen vom 5. März 1933 verfehlt die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) zwar die absolute Mehrheit, kann aber nach deutlichen Zugewinnen die Koalitionsregierung fortführen. Die Gewerkschaften müssen erkennen, dass Hitlers Regierung nicht nur ein kurzes Zwischenspiel ist. Dennoch überwiegt noch immer die Hoffnung, es werde schon nicht so „schlimm“ kommen – jedenfalls nicht schlimmer als unter dem Sozialistengesetz (1878).

Was für eine Feheinschätzung: Noch im März kommt es zu blutigen Terroranschlägen gegen die Gewerkschaften. Allein am 13. März gehen beim ADGB-Vorstand Schreckensmeldungen aus über 20 Orten ein.

Ein Umdenken bewirken die Überfälle und Gewalttaten nicht. Die Proteste sind zaghaft, Beschwerden zum Beispiel bei Reichspräsident Hindenburg sind eher von vorwurfsvollen Unschuldsbeteuerungen geprägt. Gleichzeitig unterstreichen die Gewerkschaften immer wieder ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Regierung, wenn diese das „Fußvolk“ im Zaum hielte.

Anpassung bis zur Selbstaufgabe

Die Anpassungsbereitschaft der Gewerkschaften geht bis an den Rand der Selbstaufgabe: Am 21. März 1933 erkennt der ADGB-Vorstand

schließlich das „Recht des Staates“ an, „in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht“. Eine „staatliche Aufsicht“ über die „Gemeinschaftsarbeit der freien Organisation der Wirtschaft könnte unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern“. Auch die „Form der Organisation“ wird hier zur Disposition gestellt; denn „über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen“.

Noch deutlicher stellen sich die christlich-nationalen Gewerkschaften in den Dienst des neuen Staates. „Was morsch war, ist gefallen. Und eine Welle junger Kraft hat Deutschland überspült.“ – so begrüßen sie diese „Revolution“. Auf der Vorstands- und Ausschuss-Sitzung vom 16. und 17. März 1933 bekunden die Christlichen Gewerkschaften ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im „neuen Staat“. Und mit dem „Essener Programm“ zum Aufbau einer berufsständischen Ordnung stellen sie sich, so Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, „bewußt in den Dienst der großen Sache“.

Der ADGB-Bundesvorstand folgt dem Beispiel der Christlichen Gewerkschaften. Am 9. April erklärt er sich bereit, „die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeiterschaft in den Dienst des neuen Staates zu stellen“. Der ADGB empfiehlt, die Gewerkschaftsbewegung einem Reichskommissar zu unterstellen. Und am 13. April diskutieren Leipart, Graßmann und Wilhelm Leuschner mit Vertretern der NSBO die zukünftige Organisationsform der Gewerkschaftsbewegung. Erst mit dem ultimativen Ansinnen der NSBO-Vertreter, Leipart solle seinen Posten an einen Nationalsozialisten übergeben, ist die Grenze der gewerkschaftlichen Anpassungsbereitschaft erreicht: Leipart beharrt darauf, die Führung der Gewerkschaften werde durch die Delegierten bestimmt.

Betriebsrätewahlen 1933

Die Betriebsrätewahlen des Frühjahrs 1933 sind vielleicht ein schwacher Hoffnungsschimmer. Das

nationalsozialistische Regime bricht die Wahlen ab, weil sie nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Die Wahl von gut 9.000 Betriebsräten zeigt, dass die Treue zu den schwer angeschlagenen Gewerkschaften auch Ende April noch anhält. Die Freien Gewerkschaften erhalten 73,4, die Christlichen Gewerkschaften 7,6, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 0,6 und die RGO 4,9 Prozent der Mandate.

Die NSBO kommt „nur“ auf einen Anteil von 11,7 Prozent. Dieses Ergebnis mag die nationalsozialistische Führung zu dem Schluss veranlasst haben, dass die gesellschaftliche Neuordnung nur zu realisieren ist, wenn die Gewerkschaften endgültig zerschlagen werden.

„Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“

Es ist Fünf vor Zwölf als die Gewerkschaften sich bemühen, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Ende April 1933 wird der „Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften“ gebildet. Doch es ist alles andere als „Aktionsbündnis“. Vielmehr sind die Verhandlungen erneut Ausdruck der Bemühungen, den gewerkschaftlichen Organisationen in neuer, entpolitisierter Form das Überleben zu sichern. Das Programm dieses Zusammenschlusses der Freien, Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ist geprägt von der Bereitschaft, aktiv an der Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mitzuwirken. Es ist eher ein notdürftig zusammengefügtes Dach als ein tragfähiges Fundament für eine Einheitsgewerkschaft.

Höhe- und zugleich Schlusspunkte der gewerkschaftlichen Anpassungspolitik sind die Aufrufe zum 1. Mai 1933, den die Regierung – in Verfälschung der Tradition der internationalen Arbeiterbewegung – zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt. Der Bundesvorstand des ADGB begrüßt am 15. April die Feiertagsregelung und unterstützt im Grunde die volksgemeinschaftliche Umdeutung der 1. Mai-Feier. Er erinnert daran, dass am Tage des 1. Mai „stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen beseelten deutschen Arbeiter [erglühte], den werktätigen Menschen einem

dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen”.

Während der Bundesvorstand des ADGB die Teilnahme an den staatlich verordneten Maifeiern freistellt, ruft der Bundesausschuss am 19. April schließlich zur Beteiligung auf. Auch der Vorstand der Christlichen Gewerkschaften, der den Maifeiertag zuvor nicht gerade geschätzt hat, begrüßt ihn nun als Zeichen dafür, „daß sich die Regierung Hitler zum sozialen deutschen Volkstum bekennt”.

Am 2. Mai, einen Tag nach den von den Nationalsozialisten initiierten Kundgebungen zum „Tag der nationalen Arbeit“, an dem so mancher



Gewerkschafter teilgenommen hat, werden die Gewerkschaften von der Wirklichkeit eingeholt: Mit einem Schlag werden alle wichtigen Gebäude des ADGB und der Einzelgewerkschaften von SA- und SS-Trupps besetzt.

Am 3. Mai unterstellen sich die anderen Richtungsgewerkschaften dem „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit”. Das ist das Ende der Gewerkschaftsbewegung. Die Politik der Anbiederung an die neuen Machthaber hat die Auflösung der Gewerkschaften nicht verhindert.

In den folgenden Monaten und Jahren werden tausende Gewerkschafter verhaftet, gefoltert und ermordet.

Deutsche Arbeitsfront übernimmt das Kommando

Nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und der „Gleichschaltung“ der anderen Richtungsgewerkschaften einen Tag später übernimmt die Deutsche Arbeitsfront (DAF) Häuser und Vermögen der Gewerkschaften. Die Arbeiterbank geht in der Bank der Deutschen Arbeit AG auf. Die Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge der Freien Gewerkschaften und der Deutsche Ring des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes bilden den Grundstock der DAF-Versicherungsunternehmen. Außerdem eignet sich die DAF rund 40 gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften an. Die meisten dieser Gesellschaften werden in Regionalunternehmen unter dem Namen „Neue Heimat“ überführt.

Die genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften und auch die Konsumgenossenschaften, die zunächst weiterhin bestehen, passen sich an: Sie erklären ihre „politische Neutralität“ und verleugnen damit ihre Zugehörigkeit zur „klassischen“ Arbeiterbewegung. Die Anpassung geht so weit, dass

sie für Zustimmung zur Politik Hitlers werben und sich damit in den „neuen Staat“ einordnen.

Dennoch bilden die genossenschaftlichen Unternehmen weiterhin „Nischen“ im nationalsozialistischen Regime, in denen manche ehemaligen Funktionäre der Arbeiterorganisationen, eben auch der Gewerkschaften, „überwintern“ und wohl auch verdeckte Kontakte zueinander aufrecht erhalten können. 1941 werden die Konsumgenossenschaften als Teil des „Deutschen Gemeinschaftswerkes“ von der DAF übernommen.

2023 hat sich die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten zum 90. Mal gejährt.

UMSTRITTENER PLAN

Faeser will Problem-Beamte schneller feuern



Nancy Faeser (52, SPD)

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will extremistische Beamte schneller rauswerfen!

Sie sagte im Bundestag und im TV, sie wolle die Beweislast für Beamte beim Thema Verfassungstreue umkehren!

Juristen sind entsetzt. Professor Ulrich Battis von der Humboldt-Uni: „Die Forderung einer Beweislast-umkehr ist juristischer Unsinn. Aber die Beamten müssen sich jetzt wärmer anziehen. Der Prüfungsmaßstab wird strenger.“

Beamtenbund-Vize Heiko Teggatz kritisiert: „Das ist der traurige Höhepunkt einer tief verwurzelten

Misstrauenspolitik gegenüber Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden.“

In wenigen Tagen soll der Entwurf einer Gesetzesreform innerhalb der Bundesregierung abgestimmt werden.

Kern: Bisher muss der Dienstherr ein Gericht bemühen, um Beamte rauszuwerfen. Nun soll dies per Verwaltungsakt möglich sein. Bedeutet: Zukünftig müssen Beamte klagen, wenn sie im Dienst bleiben wollen.

Rechtswissenschaftler Prof. Christian Hillgruber kritisiert: „Angesichts der Möglichkeit vorläufiger Dienstenthebung sehe ich kein Bedürfnis für Schnellschüsse.“

Verfassungsrechtler Josef Franz Lindner (Uni Augsburg): „Was die Innen- und Verfassungsministerin hier erklärt, ist aus rechtsstaatlicher Sicht erschreckend.“

„Richtig ist, dass eine Entlassung von Beamten durch Verwaltungsakt vom BVerfG akzeptiert wird. Allerdings kann der Beamte dagegen vor dem Verwaltungsgericht Klage erheben. Die Beweis- oder Feststellungslast für das Vorliegen der Entlassungsgründe trägt in einem Rechtsstaat selbstverständlich der Dienstherr und nicht der entlassene Beamte“, so Lindner weiter.

Termine

| Datum | Veranstaltung und Veranstaltungsort |
|-------------------|--|
| 23.08.–24.08.2023 | VNSB Landesgewerkschaftstag – Hannover |

Der VNSB ist Mitglied im



NBB
Niedersächsischer
Beamtenbund und
Tarifunion



dbb
beamtenbund
und tarifunion



dbb
beamtenbund
und tarifunion



VNSB gratuliert seinen Jubilaren

| 25 Jahre | |
|---------------------|-------------|
| Bagdahn, Bernd | Celle |
| Baldessari, Renate | Hannover |
| Bergmann, Axel | Celle |
| Biock, Wolfgang | Hameln |
| Bleydorn, Lars | Oldenburg |
| Bode, Uwe | Hameln |
| Brüning, Franz | Emsland |
| Buettner, Stephanie | Hameln |
| Conen, Martin | Emsland |
| Corbach, Ingo | Hameln |
| Diek, Norbert | Emsland |
| Dulle, Alfons | Emsland |
| Fehrs, Jan-Hendrik | Vechta |
| Tieding, Antje | Emsland |
| Feldmann, Birgit | Emsland |
| Fels, Helmut | Emsland |
| Forsting, Dieter | Emsland |
| Fröhnel, Michael | Oldenburg |
| Glöckner, Stefan | Sehnde |
| Groß, Andreast | Oldenburg |
| Hagedorn, Melanie | Emsland |
| Hamann, Jörn | Bremervörde |
| Hamm, Rüdiger | Emsland |
| Helms, Matthias | Oldenburg |
| Henze, Torsten | Hameln |
| Jerzinowski, Sascha | Emsland |
| Jühne, Alexander | Göttingen |
| Kalt, Martin | Hameln |
| Kinast, Ralf | Hameln |
| Klein, Michael | Hameln |
| Knipper, Heiner | Vechta |
| Köbbe, Walter | Emsland |
| Könemann, Detlev | Hameln |
| Korte, Volker | Emsland |
| Kötter, Martin | Emsland |
| Kramer, Jürgen | Emsland |
| Kramer, Markus | Emsland |
| Kraske, Wolfgang | Hameln |
| Kühling, Christian | Vechta |
| Küster, Mark | Hameln |
| Kunst, Jens-Peter | Oldenburg |
| Lange, Thorsten | Bremervörde |
| Latzko, Kai-Oliver | Uelzen |
| Licher, Andreas | Emsland |
| Lochner, Jens | Vechta |
| Loest, Siegfried | Emsland |
| Lüken, Gerd | Emsland |
| Menke, Jens | Emsland |
| Menke, Manfred | Emsland |

| | |
|--------------------------|--------------|
| Mente, Corinna | Hameln |
| Meyer, Bernd | Vechta |
| Michalowski, Stephan | Oldenburg |
| Middelbeck, Manfred | Vechta |
| Missfelder, Regina | Oldenburg |
| Mitschke, Andree | Hameln |
| Mronga, Gerd | Oldenburg |
| Müller, Christian | Göttingen |
| Müller, Dietmar | Hameln |
| Müller, Kurt | Oldenburg |
| Neitz, Udo | Hameln |
| Padberg, Ditmar | Hameln |
| Plagge-Albers, Margit | Emsland |
| Pott, Bernhard | Emsland |
| Weber, Simone | Oldenburg |
| Roelfes, Silke | Emsland |
| Rolfes, Dieter | Emsland |
| Römann-Sobly, Michael | Emsland |
| Rossa, Peter | Emsland |
| Roy, Farina | Emsland |
| Runte, Georg | Emsland |
| Schlätel, Swen Uwe | Sehnde |
| Schmidt, Jürgen | Emsland |
| Schmidt, Maria | Vechta |
| Schmidt, Reinhard | Göttingen |
| Schmidt-Salewski, Dirk | Wolfenbüttel |
| Schneuing, Tobias | Emsland |
| Schnieders, Frank | Emsland |
| Schramm, Rainer | Hameln |
| Schriever, Stephan | Emsland |
| Schröder-Tajti, Christel | Oldenburg |
| Schwindeler, Johannes-B. | Emsland |
| Seifert, Michael | Göttingen |
| Sentker, Jörg | Emsland |
| Siemer, Günther | Emsland |
| Städler, Michael | Hannover |
| Steindorff, Oliver | Oldenburg |
| Suilmann, Antonius | Emsland |
| Szemkus, Timo | Lüneburg |
| Tasto, Dieter | Oldenburg |
| Hessel, Sylvia | Emsland |
| Tilger, Bernhard | Vechta |
| Timmer, Edith | Emsland |
| Töben, Rainer | Emsland |
| Trenkamp, Jens | Vechta |
| Vos, Heiko | Emsland |
| Waßerberg, Kai | Oldenburg |
| Wehmann, Michael | Hameln |
| Wehrmann, Thorsten | Hameln |
| Weidemann, Thorsten | Hameln |

| | |
|------------------|-----------|
| Westphal, André | Oldenburg |
| Wippert, Andreas | Hannover |
| Wittenberg, Lutz | Hannover |

| 40 Jahre | |
|-------------------------|--------------|
| Bikker, Jan | Ostfriesland |
| Bock, Andreas | Bremervörde |
| Böckmann, Paula | Vechta |
| Bojes, Horst | Vechta |
| Buhr, Dieter | Celle |
| Gottkehaskamp, Annegret | Vechta |
| Hayen, Günter | Oldenburg |
| Hellbernd, Josef | Vechta |
| Höfts, Heinrich | Ostfriesland |
| Hoping, Heinz | Vechta |
| Kloss, Horst | Hannover |
| Krettek, Dieter | Hameln |
| Lehne, Heinz-Dieter | Celle |
| Lübbe, Käthe | Vechta |
| Poppen, Günther | Ostfriesland |
| Riechert, Willi | Hameln |
| Schnieders, Alwin | Emsland |
| Solinski, Gerhard | Hameln |
| Weißig, Wolfgang | Hameln |
| Wencker, Josef | Emsland |
| Wilke, Alexander | Bremervörde |

| 50 Jahre | |
|-------------------|--------------|
| Armbrecht, Erhard | Hannover |
| Bolte, Norbert | Hannover |
| Danke, Peter | Wolfenbüttel |
| Tegenkamp, Otto | Vechta |
| Wilde, Norbert | Celle |

| 55 Jahre | |
|-------------------|--------------|
| Bielefeld, Arnolf | Göttingen |
| Feldmann, Egon | Celle |
| Macicy, Hans-Jörg | Wolfenbüttel |

| 60 Jahre | |
|-------------------|-----------|
| Franzke, Volker | Göttingen |
| Kalkhoff, Clemens | Vechta |
| Meyer, Fritz | Hameln |
| Oelkers, Dieter | Celle |

| 65 Jahre | |
|-------------------|--------|
| Kolhoff, Heinrich | Vechta |

TOP SECRET! In diesem Gefängnis sitzt Putin-Spion Carsten L.



In der JVA-Stadelheim wartet Top-Spion Carsten L. auf den drohenden Prozess

Dieser Fall könnte die Vorlage für einen neuen 007-Agenten-Blockbuster im Kino werden.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) enttarnte Russen-Spion Carsten L. selbst – der sitzt seit Ende Dezember 2022 im Gefängnis! Außerdem wurden die Wohnung und der Arbeitsplatz des Doppelagenten sowie einer weiteren Person durchsucht.

Vorwurf gegen den BND-Mitarbeiter: Landesverrat. Er soll unter anderem geheime Informationen



zur Lage in der Ukraine an Russland verraten haben.

Carsten L. sitzt derzeit in der JVA Stadelheim in U-Haft – wartet dort auf die Anklage und auf den drohenden Prozess.

Die Sicherheitsmaßnahmen sind entsprechend hoch: Der Doppelagent sitzt in einem abgetrennten Bereich, hat so gut wie keinen Kontakt zu Mithäftlingen.

Im Jahr 2022 soll L. Infos, die er im Zuge seiner beruflichen Tätigkeit erlangt hatte, an einen russischen Nachrichtendienst weitergegeben haben. Bei dem Inhalt soll es sich laut des Generalbundesanwalts um ein Staatsgeheimnis gehandelt haben.

Das Ausmaß des Falls – gigantisch

Carsten L. hatte als leitender Mitarbeiter in der streng geheimen BND-Abteilung „Technische

Aufklärung“ gearbeitet. Das Ausmaß des Falls – gigantisch: Der Abteilung „Technische Aufklärung“ entstammt rund die Hälfte aller BND-Meldungen.

Der Bundesnachrichtendienst enttarnte

Doppelagent Carsten L. selbst

Es wird befürchtet, dass durch seine Spionagetätigkeit für Russland auch Informationen befreundeter Geheimdienste aus den USA und Großbritannien in russische Hände geraten sein könnten – für den international vernetzten deutschen Geheimdienst ein Debakel.

Für Sicherheitsexperte Nico Lange (47, Münchener Sicherheitskonferenz) ist der Spionage-Skandal keine Überraschung. Lange sieht Deutschland seit mehr als 20 Jahren als Ziel „systematischer“ russischer Geheimdienstarbeit.

Lange vor wenigen Tagen: Deutschland sei in Europa das wichtigste Ziel russischer verdeckter „Kriegsführung“. „Es gab da in der Vergangenheit bei vielen in der Politik eine gewisse Naivität.“



Änderungsmitteilung

Änderung des Ortsverbandes – der Anschrift – der Amtsbezeichnung / Bes.-Grp.

| | | | |
|-----------------------|-------------------------|--------------------------|----------------|
| | | | |
| Name | Vorname | Geburtsdatum | |
| | | | |
| bisheriger / neuer OV | bisherige / neue JA/JVA | neue Amtsbez. / Bes.-Grp | |
| | | | |
| Alte Anschrift / PLZ | Straße | Wohnort | |
| | | | |
| Neue Anschrift / PLZ | Straße | Wohnort | |
| | | | |
| Gültige Telefonnummer | Fax-Nummer | Handy-Nummer | E-Mail-Adresse |

Änderung der Bankverbindung

| | |
|---|------------------|
| | |
| IBAN | BIC (SWIFT-Code) |
| | |
| Kontoinhaber: Name, Vorname (falls abweichend vom Mitglied) | |

Die voranstehenden Angaben sind gültig ab dem:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Kooperationspartner des VNSB weitergegeben werden können. Bei Auszubildenden / Anwärtern ist wegen der zusätzlich kostenlos versicherten Risiken die Zustimmung Voraussetzung für eine Leistungsgewährung. ja nein

| | | |
|--|---|---------------------------|
| | | |
| Ort, Datum | Unterschrift Mitglied | Unterschrift Kontoinhaber |
| | | |
| Eingangsdatum – Namenszeichen – notiert OV | Eingangsdatum – notiert – Landesschatzmeister | |

Boßeltour des VNSB Ortsverbandes Bremervörde

Am 11.03.2023 stand, nach pandemiebedingter Pause, nun endlich wieder das Wintervergnügen auf dem Plan des Ortsverbandes Bremervörde. Mit einer Rekordteilnehmerzahl von fast 30 Kolleginnen und Kollegen startete man am frühen Nachmittag bei herrlichem Winter-Wetter die Tour.



Unser Vorsitzender, Olli Mageney, hatte mal wieder eine hervorragende Route um das malerische Örtchen Hipstedt herausgesucht, welche er nach (ungeprüften) eigenen Angaben auch regelmäßig als Laufstrecke nutzt ;-)

Um beim Boßeln und Wandern auf den Flüssigkeitshaushalt zu achten, wurden die Bollerwagen im Vorfeld mit ausreichend Bier und diversen alkoholischen und non-alkoholischen Getränken gut bestückt. Zudem konnten sich die Teilnehmer den, extra für diese Veranstaltung, nach einem Geheimrezept angemischten Sahne-Maracuja Schnaps schmecken lassen.



Nach der Boßeltour gab es das traditionelle Grünkohl-Buffer in der Gaststätte „Sauhütte“ in Hipstedt in dessen Rahmen dann auch wieder die jährliche Kohlkönigin gekürt wurde. In diesem Jahr wurde die Kollegin Frauke Krause zur Kohlkönigin ernannt und übernimmt somit die Thronfolge von der lieben Kollegin Iris Bartels.

dass der ein oder andere noch bis in die frühen Morgenstunden in der örtlichen Disco zu finden war ...

Nach dem leckeren Essen und einigen Getränken ließ man den Abend bei guten und lustigen Gesprächen ausklingen und man munkelt,

Für den Ortsverband Bremervörde
Christian Piochatz
stellv. Vorsitzender

Wie kann man das „Z“ noch toppen...? – Kai Oliver Latzko ist 25 Jahre Mitglied im OV Uelzen

Am 17.02. wurde dem Werkdienstleiter der JVA Uelzen und unserem **VNSB**-Mitglied Kai Oliver Latzko die Amtszulage zu A 9 verliehen. Von Herzen Glückwunsch! Sicherlich einer der Tage im Vollzugsleben von ‚K.-O.‘, der bei ihm ganz oben stehen wird.

Da 25 Jahre zuvor im **VNSB**-Ortsverband Uelzen scheinbar eine kleine Mitgliederflaute herrschte – Kollege Latzko ist im Jahr 2023 unser einziges zu ehrendes Mitglied – machte sich der Ortsverbandsvorsitzende Ralf Schlütemann Gedanken darüber, wie man den heutigen Tag von K.-O. Latzko, an dem er in seinem Entamt die Zulage verliehen bekommt, noch veredeln könnte. Da lag es doch nahe, dieser Verleihung noch die Übergabe der **VNSB**-Ehrenurkunde für 25 Jahre Mitgliedschaft im Verband Nds. StrafvollzugsBediensteter folgen zu lassen. Wenn das nicht eine wahre Möglichkeit ist...!

Als gleichzeitig PR-Vorsitzender ohnehin der Verleihung beiwohnend wurde von der stellv. Anstaltsleiterin Frau Dr. Jacob ein klein wenig Zeit erbeten, welche sie gerne bewilligte. So konnte der Ortsverbandsvorsitzende dem sowie schon glücklichen Kollegen noch ein weiteres Highlight on Top beschenken und überraschte den nun fast schon seligen Kai-Oliver neben der **VNSB**-Urkunde mit einem Präsentkorb, **VNSB**-Ehrennadel und **VNSB**-Geschenk.

Lieber Kai-Oliver, natürlich ist der Verleihung der Amtszulage nichts hinzuzufügen geschweige denn ist sie zu toppen (auch wenn wir mit 25 Jahre **VNSB** dicht dran waren...). Glückwunsch zum „Z“ und danke für 25 Jahre treue Mitgliedschaft im **VNSB**-Ortsverband Uelzen und damit Unterstützung der Interessen der Kollegen/innen im Justizvollzug.

Für den **VNSB**-Ortsverband Uelzen
Ralf Schlütemann – 1. Vorsitzender



K.-O. Latzko, Ralf Schlütemann



Ralf Schlütemann, Kai-Oliver Latzko, Dr. Susanne Jacob
(v. l. n. r.)

Mitgliederversammlung des VNSB-Ortsverbandes Vechta

Am 24.03.2023 hat der Ortsverbandsvorstand seine Mitglieder zu einer Jahreshauptversammlung eingeladen. Wir trafen uns im Moorbachhof in Vechta. Auf der Tagesordnung standen neben den allgemeinen Berichten des Vorsitzenden Engelbert Janßen und des Kassenswartes Sven Südkamp auch die Wahlen zum Vorstand.

Doch zunächst waren einige Mitglieder wegen ihrer langjährigen Treue zum **VNSB** zu ehren.

Für stolze 60 Jahre Mitgliedschaft wurde Clemens Kalkhoff von Engelbert Janßen geehrt. Weitere Ehrungen wurden für 40 Jahre ausgesprochen. Das sind Paula Böckmann, Theresia von Lehmden, Heinz Hoping, und Josef Hellbernd. Allen zu Ehrenden wurde neben der Urkunde auch ein Gutschein ausgehändigt. Lange Treue muss ja schließlich auch belohnt werden. Leider waren einige der noch zu Ehrenden nicht zur Mitgliederversammlung erschienen.



Dank für geleistete Arbeit

Die Kassensprüfer hatten die Kasse geprüft und dem Kassenswart eine ordentliche und gewissenhafte Kassenführung attestiert. Gleichzeitig stellte sie einen Antrag auf Entlastung des Vorstandes.



Geehrte und Vorstand



Neuer und alter Vorstand

Diesem Antrag folgte die Mitgliederversammlung einstimmig.

Nun erfolgten Neuwahlen. Engelbert Janßen stand nicht mehr zur Wahl. Deshalb stellte er sich als Wahlleiter zur Verfügung und wurde auch dazu gewählt.

Die Wahlvorschläge wurden gemacht und bis auf den Vorsitzenden stellten sich die

bisherigen Mitglieder zur Wiederwahl. Für den Vorsitz kandidierte der Kollege Axel Elster. Weitere Wahlvorschläge gab es nicht. Die Mitgliederversammlung wollte keine geheime Wahl, so dass offen abgestimmt werden konnte. Die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden einstimmig gewählt und sie nahmen die Wahl an. Somit wurde der neue Vorsitzende mit seinem alten Vorstand ins Amt eingeführt und Engelbert Janßen übergab die Leitung an den neuen Vorsitzenden.

Für seine geleistete Arbeit als Vorsitzender wurde Engelbert Janßen mit einem Präsent bedacht und die Mitgliederversammlung bedankt sich für die Führung des Ortsverbandes.

Nun ging es zum gemütlichen Teil über. Der Vorstand hatte ein gutes Essen bestellt und die Anwesenden ließen es sich gut schmecken. Nach langen Gesprächen klang der Abend dann aus.



HERZLICH
willkommen!

RESTAURANT
Wildnis
BAR

**GIESCHEN'S
HOTEL*****

**Konferenzen, Familienfeiern – oder einfach eine gute
Zeit in unserem Restaurant. Bei uns erleben Sie
hervorragende Küche und zuvorkommenden Service!**

**Restaurant und Bar haben täglich
von 12.00 – 14.30 Uhr und von 18.00 – 22.00 Uhr für Sie geöffnet.**

*Wild auf Wild! Frisches Wildbret aus eigener Jagd.
Auf unserer Speisekarte und im Außer-Haus-Verkauf.
Denken Sie schon jetzt an die Vorbestellung für die Feiertage.*

**Obernstr. 12 | 28832 Achim | Tel. 04202-88480 | Fax: 04202-8848-100
www.gieschens-hotel.de | info@gieschens-hotel.de**



Vollzugsdienst-
unfähigkeits-
absicherung

Natürlich können Sie auch ohne Arbeit leben – vorausgesetzt, **es ist für alles gesorgt.**

Sie haben sich bestimmt auch an viele Dinge gewöhnt, die Ihr Leben schöner machen. Solange Sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, können Sie Ihren Lebensstandard sicher auch weiterhin halten. Aber was wird aus Ihnen und Ihren Lieben, wenn Sie Ihre Arbeitskraft einmal verlieren sollten? Durch Krankheit oder Unfall – aus welchen Gründen auch immer. Lassen Sie uns darüber reden, damit für alles gesorgt ist.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-service@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Jahreshauptversammlung des OV Wolfenbüttel



Sascha Wand, Martin Fricke und Dirk Schmidt-Salewski
(von links nach rechts)

Am 09. März trafen sich die Mitglieder des OV Verbandes Wolfenbüttel zur Jahreshauptversammlung. Der Vorsitzende Sascha Wand berichtete über die aktuellen Themen, mit denen

sich der Ortsverband beschäftigt. Er bedankte sich bei seinen Vorstandskollegen für die konstruktive Arbeit in den letzten 8 Jahren, in denen er der den Ortsverband als Vorsitzender geleitet hat.

Weiterhin richtete er Grüße des Landesvorsitzenden Oliver Mageney aus. Der aktuelle Vorsitzende ehrte die Kollegen Martin Fricke und Dirk Schmidt-Salewski für 25-jährige Verbands-treue. Während der Sitzung kam es gemäß der Tagesordnung zu Neuwahlen des gesamten Vorstandes. Bei der anschließenden Wahl gab er den Vorsitz des Ortsverbandes an den Kollegen Dirk Schmidt-Salewski ab. Der neue Vorstand des Ortsverbandes setzt sich zusammen aus

dem Vorsitzenden Dirk Schmidt-Salewski
dem stellv. Vorsitzenden Holger Stramka
dem Kassierer Thomas Richter
der stellv. Kassierer Agatha Wilken
dem Schriftführer Thorsten Hentschel
dem stellv. Schriftführer Meik Dersintzke
1. Kassenprüfer Benjamin Walther
2. Kassenprüfer Martin Fricke

Für den Ortsverband Wolfenbüttel
Thorsten Hentschel

Ihre BBBank-Experten in Niedersachsen



Mit persönlichem und digitalem Service an Ihrer Seite



Manuela Francke
Filialdirektorin



Florian Martin
Privatkunden-Berater



Nick Peters
Privatkunden-Berater



Ingo Muhs
Privatkunden-Berater



Antje Stets
Landesdirektorin
Öffentlicher Dienst



Ralf Werner
Finanzierungsberater



Jürgen Bauer
Vorsorgeberater der
Württembergische
Lebensversicherung AG

Ihre Vorteile als
DBB-Mitglied



www.bbbank.de/dbb

Wir sind für Sie da!

Die Mitarbeiter unserer Beratungsfiliale nehmen sich gerne Zeit, um Sie bei Ihren Plänen und Wünschen zu unterstützen.

Bitte vereinbaren Sie einen Termin für Ihre persönliche Beratung vor Ort oder auf digitalem Weg.



Jetzt online Termin sichern:
www.bbbank.de/termin

BBBank eG
Osterstraße 24
30159 Hannover
Tel. 0511 2625353-0
Mail filiale.350@bbbank.de

**VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER
-FACHGEWERKSCHAFT IM NIEDERSÄCHSISCHEN JUSTIZVOLLZUG-**

Vorteile für Mitglieder

Rechtsschutz

Rechtsschutz und Rechtsberatung in allen dienstlichen Angelegenheiten und Einzelvertretung in allen beamten- und tarifrechtlichen Fragen über das Dienstleistungszentrum des DBB gemäß der gültigen Rechtsschutzordnung des DBB

Informationen

Informationen aus 1. Hand durch unsere Zeitschriften und unsere Internetseite www.vnsb.de

Mitgliedsbeitrag

Günstige Beiträge für alle bei uns organisierten Mitglieder

Höchstleistungen für

Verlust von Schlüsseln: € 200.000.–
Personenschäden: € 2.000.000.–
Sachschäden: € 1.000.000.–
Vermögensschäden: € 100.000.–

Unterstützung

Hinterbliebenenhilfe im Sterbefall: € 250.–
Hinterbliebenenhilfe bei Unfalltod: € 500.–

Fortbildung unserer Personalratsmitglieder

Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für unsere Personalratsmitglieder. Zuzüglich der Fachzeitschrift für Personalvertretungen des DBB

Kostenlose Unfallversicherung für alle VNSB-Mitglieder, die Beamte auf Widerruf oder auf Probe sind.

Bei einer Invalidität ab 20% und einer Vollzugsunfähigkeit durch einen Unfall, dienstlich oder privat, beträgt die Versicherungssumme € 10.000.–

Kostenlose KFZ-Dienstwagenversicherung für alle VNSB-Mitglieder, die Dienstfahrzeuge fahren.

Diese Versicherung tritt ein, wenn nicht alle Kosten bei einem Unfall mit dem Dienstwagen durch den Arbeitgeber übernommen werden.



VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER

- Fachgewerkschaft im niedersächsischen Justizvollzug -

...unsere Sicherheit!

Beitrittserklärung

Bitte in Druckbuchstaben oder am PC ausfüllen

| | | | |
|----------------|---------------|----------|--|
| Ortsverband | | JVA / JA | Amtsbez. / Besoldungs- o. Vergütungsgruppe |
| Name | Vorname | | Geburtsdatum |
| Postleitzahl | Wohnort | Straße | |
| Telefon privat | Telefon mobil | eMail | |

Hiermit erkläre ich unter Anerkennung der Satzung meinen Beitritt zum VNSB in der zutreffenden Klasse zum angegebenen Datum. Nach Abschluss meiner Ausbildungs- / Anwärterzeit werde ich automatisch der entsprechenden höheren Klasse zugeordnet (Bitte ab-Datum unten eintragen). Ich verpflichte mich, weitere Beförderungen oder Adressen- / Kontoänderungen formlos anzuzeigen.

| Erklärung Kooperationspartner Signal-Iduna | |
|--|----|
| ! Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an den Kooperationspartner des VNSB, die Signal-Iduna Gruppe, weitergegeben werden. Bei Anwärtern kann bei Ablehnung keine Dienstunfallversicherung übernommen werden. | JA |

| | Klasse | Bezeichnung | mtl. Beitrag | Datum ab |
|--------------------------|--------|--|--------------|----------|
| <input type="checkbox"/> | Ia | Hilfskasse Ehepartner (nur in Verb. mit Klassen II – V) | € 0,59 | |
| <input type="checkbox"/> | Ib | Witwe / Witwer | € 1,76 | |
| <input type="checkbox"/> | II | Beamte im Vorbereitungsdienst, Pensionäre, Mutterschutz und Erziehungsurlaub, Angestellte bis EG 5 | € 3,82 | |
| <input type="checkbox"/> | III | Bedienstete in Teilzeit | € 6,18 | |
| <input type="checkbox"/> | IV | Beamte A7 bis A10, Angestellte EG-Gruppe 6 - 8 | € 8,52 | |
| <input type="checkbox"/> | V | Beamte ab A11, Angestellte ab EG-Gruppe 9 | € 11,47 | |

Datenschutz / Datenverwendung / Persönlichkeitsrechte:

Der Verband erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder ausschließlich zur Erfüllung der in der Satzung aufgeführten Zwecke und Aufgaben. Durch die Beitrittserklärung und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder diesem zu. Jedes Mitglied kann jederzeit Einsicht in die gespeicherten Daten erhalten, eine Berichtigung vornehmen lassen oder die Löschung verlangen, sofern keine gesetzlichen Bestimmungen (Aufbewahrungsfristen) dem entgegenstehen. Eine anderweitige Datenverwendung (z.B. Datenverkauf an dritte) ist nicht statthaft. Durch die Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder der Veröffentlichung von Bildern und Namen in Print- und Telemedien, sowie elektronischen Medien zu, soweit dieses den satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecken des Verbandes entspricht.

Im Übrigen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage www.vnsb.de/datenschutzbestimmung.

Einzugsermächtigung:

Ich ermächtige / Wir ermächtigen den VNSB widerruflich, die von mir / uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem / unserem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat:

Ich ermächtige / Wir ermächtigen den VNSB Zahlungen von meinem / unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein / weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom VNSB auf mein / unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis:

Ich kann / Wir können innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem / unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsart:

Wiederkehrende Zahlung und einmalige Zahlung

Die Mitgliedsbeiträge werden regelmäßig eingezogen. Über den Turnus und die erstmalige Belastung werde ich unter Angabe von Gläubiger-ID und Mandatsnummer schriftlich informiert. Zu einmaligen Zahlungen kann es im Fall von Rücklastschriften und oder unterjährigem Eintritt / Austritt kommen. Hierüber wird gesondert informiert. Änderungen in den wiederkehrenden Zahlungen werden ggf. über eine Jahreshauptversammlung bekannt gegeben.

Zugehörigkeit zur Hilfskasse:

Alle Neumitglieder vor Vollendung des 40. Lebensjahres sind automatisch in der Hilfskasse. Ab dem vollendeten 40. Lebensjahr ist keine Aufnahme in die Hilfskasse möglich.

| | | |
|------------------------|-----------------------|--------------|
| IBAN (max. 22 Stellen) | BIC (max. 11 Stellen) | Bank |
| Ort, Datum | | Unterschrift |

Bitte das Original an den VNSB Landesschatzmeister schicken und für den Ortsverband und das neue Mitglied kopieren!

| | |
|--|--|
| Aufgenommen in die Mitgliederdatei Ortsverband | Aufgenommen in die Mitgliederdatei Landesverband |
|--|--|

**Vorsitzender:**

Oliver Mageney
Tel.: 04761-80880
Mobil: 0171-2420277
Oliver.Mageney@vnsb.de

**Stellvertretender Landesvorsitzender:**

Engelbert Janßen
Tel.: 04441-81811
Mobil: 0176-11446676
Engelbert.Janssen@vnsb.de

**Landesschriftführer:**

Ralf Schlütemann
Tel.: 05821-9924918
Mobil: 0173-2146967
Ralf.Schluetemann@vnsb.de

**Stellvertretender Landesvorsitzender:**

Sascha Wand
Mobil: 0175-9714393
Sascha.Wand@vnsb.de

**Landesschatzmeister:**

Thomas Gersema
Tel.: 05931 – 29076
Mobil: 0176-11446667
Thomas.Gersema@vnsb.de

**Landesgeschäftsführer**

Friedhelm Hufenbach
Tel.: 050541652
Mobil: 0170-7216878
friedhelm.hufenbach@vnsb.de

**Verband
Niedersächsischer
Strafvollzugs-
bediensteter (VNSB)**

Rechtschutzstelle@
vnsb.de

Redaktion@vnsb.de

Ortsverbandsvorsitzende

Burgdorf

Uwe Ufferfilge, Peiner Weg 33, 31303 Burgdorf

Bremervörde

Oliver Mageney, Am Steinberg 75,
27432 Bremervörde

Celle

Dorina Vasel, Trift 14, 29221 Celle

Emsland

Sascha Jerzinowski, Grünfeldstr. 1, 49716 Meppen

Göttingen

Frank Laufer, Am Großen Sieke 8, 37124 Rosdorf

Hamel

Martin Kalt, Tündernsche Str. 50,
31789 Hameln

Hannover

Rüdiger Giermann,
Schulenburg Landstraße 145, 30165 Hannover

Lüneburg

Frank Jarcho, Am Markt 7 c, 21335 Lüneburg

Oldenburg

Rainer Schimmelpenning,
Cloppenburger Str. 400, 26133 Oldenburg

Ostfriesland

Michael Glinkowski, Riepster Weg 13,
26802 Moormerland

Sehnde

Dirk Hennies, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Uelzen

Ralf Schlütemann, Breidenbeck 15, 29525 Uelzen

Vechta

Axel Elster, Willohstraße 13, 49377 Vechta

Wolfenbüttel

Dirk Schmidt-Salewski, Ziegenmarkt 10,
38300 Wolfenbüttel

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt DP AG

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter
Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt

VNSB · Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt · ZKZ 68742, PVSt., DP AG, Entgelt bezahlt

KINOTIPP

Die Gewerkschafterin La Syndicaliste

Frankreich, Deutschland 2022, 121 min

Regie: Jean-Paul Salomé

Darsteller: Isabelle Huppert, Grégory Gadebois, Yvan Attal

FSK: 16

Maureen Kearney wird gefesselt und traumatisiert in ihrer Wohnung aufgefunden. Vom Täter fehlt jede Spur und sie kann sich nur bruchstückhaft erinnern. Die Ermittler arbeiten unter Hochdruck, denn Maureen war als Gewerkschafterin dubiosen Geschäften in der Atomindustrie auf der Spur, die auch einflussreiche Entscheidungsträger belasten könnten. Da tauchen plötzlich neue Indizien auf, die den Überfall in Frage stellen. Maureen wird vom Opfer zur Verdächtigen.

Seit Jahren schon setzt sich Maureen Kearney (**Isabelle Huppert**) für die Belange der Arbeiter und Arbeiterinnen des Großkonzerns Areva ein, hat mit ihrem starken Willen so manchen Kampf für sich gewonnen. Dieser ist nun mehr denn je vonnöten, denn Anne Lauvergeon (**Marina Foïs**), die bisherige Leiterin des im Bereich der Nuklearenergie tätigen Unternehmens, soll



durch Luc Oursel (**Yvan Attal**) ersetzt werden. Und der interessiert sich nicht sonderlich für die Belegschaft. Förderung von Frauen? Mit ihm nicht zu machen. Immer wieder geraten Kearney und Oursel aneinander, umso mehr, als sie von einem geheimen Deal mit den Chinesen erfährt. Während sie sich wie gewohnt mit allen anlegt und sich bis in die obersten Kreise Feinde macht, beginnt ihre Ehe mit Gilles Hugo (**Grégory Gadebois**) zu kriseln. Aber auch sie selbst wird bald einen hohen Preis bezahlen, als Unbekannte bei ihr einbrechen und sie vergewaltigen ...